

IRLAND

# Die Krise als Wahlhelfer

Anton Landgraf

**Beim zweiten Anlauf haben die Iren für den EU-Verfassungsvertrag gestimmt. Während in Polen und Tschechien noch ein wenig gezickt wird, geht nun das Gezerre um die zu schaffenden Posten los.**

Einsam trotz der selbst ernannte „EU-Dissident“ aus Prag fast ganz Europa. Nachdem nun auch die Iren Ende vergangener Woche in einem Referendum dem EU-Reformvertrag zugestimmt haben, ist der tschechische Präsident Vaclav Klaus einer der wenigen Politiker, die noch versuchen, das Vertragswerk von Lissabon ernsthaft zu verhindern. Der Erfolg der Befürworter in Dublin beeindruckte ihn jedenfalls wenig. Dass die Iren überhaupt zweimal über den gleichen Vertrag abstimmten, hält er für so undemokratisch wie die gesamte Europäische Union - die er als eine Art Nachfolger der ehemaligen Sowjetunion, als „EUdSSR“, betrachtet.

Dabei kam der Stimmungsumschwung in Irland nicht gerade unerwartet. Immerhin ist es dem irischen Ministerpräsident Brian Cowen gelungen, in den vergangenen 15 Monaten nach dem grandiosen Debakel beim ersten Referendum einige Zugeständnisse herauszuhandeln. So kann das katholische Land sein striktes Abtreibungsverbot ebenso behalten wie die niedrigen Körperschaftsteuern. Außerdem darf weiterhin jeder Mitgliedsstaat, und damit auch Irland, einen EU-Kommissar stellen. Die ra-

dikale christliche Rechte hatte zuvor mit missionarischem Eifer gegen die heidnischen Brüssler Bürokraten und ihr gottloses Paragrafenwerk mobilisiert. Zudem befürchteten viele Iren, ihre politische Unabhängigkeit an anonyme EU-Institutionen zu verlieren.

Entscheidend für den Stimmungsumschwung waren allerdings wirtschaftliche Gründe, die bereits beim ersten Referendum eine zentrale Rolle spielten. Von der großen Wirtschaftskrise war damals noch nichts zu spüren. Wenige Jahre nach dem EU-Beitritt hatte sich das ehemalige Armenhaus Europas zum „keltischen Tiger“ entwickelt, nicht zuletzt wegen der 55-Milliarden-Euro-Hilfe aus den Regional- und Entwicklungsfonds der EU. Niedrige Steuersätze und eine extrem deregulierte Wirtschaft zogen zahlreiche ausländische Investoren an. Dublin entpuppte sich als Boomtown, in der in manchen Gegenden die Immobilienpreise innerhalb einer Dekade um das Zwanzigfache stiegen. Nach dem EU-Beitritt der osteuropäischen Staaten öffnete Irland seinen Arbeitsmarkt, und Hunderttausende vorwiegend polnische Arbeitsmigranten kamen. Die Insel, über Jahrhunderte hinweg ein klassisches Auswanderungsland, weist mittlerweile einen Ausländeranteil von zehn Prozent auf.

Ein Umstand, der bei manchen auf wenig Begeisterung stieß. Beim ersten Referendum fiel auf, dass nicht nur baltreue Christen, sondern vor allem

Angehörige unterer Einkommensgruppen und junge Erwerbstätige gegen den Vertrag gestimmten hatten - jene Gruppen also, die sich am meisten vor der billigeren Konkurrenz aus den neuen Beitrittsländern fürchteten.

**Die erste Wahl von Kanzlerin Merkel und Ministerpräsident Sarkozy für das Amt des EU-Präsidenten ist der frühere britische Premier Tony Blair.**

Mit der Wirtschaftskrise veränderten sich die Einstellungen jedoch drastisch. Als die Immobilienpreise fielen, kollabierte auch die Bauwirtschaft. Zehntausende Menschen verloren ihren Job, die Banken saßen auf einmal auf Milliarden an „faulen“ Krediten, der Privatkonsum brach ein. Um den völligen Zusammenbruch des Finanzsystems zu verhindern, garantierte die irische Regierung alle Sparguthaben und unterstützte die zwei größten Banken des Landes mit enormen Summen. Die Rettungsaktion wurde nur möglich, weil die Europäische Zentralbank für rund drei Viertel der zur Verfügung gestellten Kredite aufkam.

Ohne die europäische Hilfe wären die Folgen kaum absehbar gewesen. Doch auch so erlitt Irland den

schwersten Einbruch aller westlichen Industriestaaten. In diesem Jahr wird die Wirtschaftsleistung voraussichtlich um neun Prozent zurückgehen und die Arbeitslosigkeit auf 15 Prozent klettern, während die Regierung den Staatshaushalt um vier Milliarden Euro kürzen muss. Die Finanzlage des Landes gilt als so prekär, dass die Risikoprämien für die irischen Staatsschulden seit Jahresbeginn um das Vierfache gestiegen sind. Ein „Nein“ beim Referendum hätte die Lage noch weiter verschärft.

Kein Wunder also, dass der irische Premierminister Brian Cowen vor dem Referendum verkündet hatte, eine positive Abstimmung sei eine der „wichtigsten Entscheidungen in der irischen Geschichte“ und „ein entscheidender Schritt zur wirtschaftlichen Gesundung“. Paradoxerweise riskierte der Premier mit seiner klaren Empfehlung gleichzeitig, die Iren erst recht zu einem „Nein“ zu bewegen - und sei es nur aus Trotz: Kaum ein Politiker ist in Europa derzeit so unbeliebt wie der irische Premier. Umfragen zufolge glauben über 80 Prozent der Iren, dass Cowen das wirtschaftliche Desaster mit zu verantworten hat. „Den einzigen Job, den Lissabon rettet, ist der von Cowen“, lautete daher ein Slogan der Vertragsgegner.

Sein Amt kann der irische Premier nun vorerst behalten, dafür schwinden die Perspektiven für Vaclav Klaus. Neben der tschechischen fehlt jetzt zwar noch die polnische Unterschrift



FOTO: CBI/FLICKR

Zumindest sein Job wurde durch die Zustimmung der Iren zum EU-Reformvertrag vorerst gerettet: Irlands Taoiseach Brian Cowen.

unter den Vertrag. Beide Kammern des Parlaments in Warschau hatten den EU-Reformvertrag bereits im vergangenen Jahr bestätigt. Präsident Lech Kaczyński verweigerte bisher jedoch seine Signatur aus Solidarität mit dem „kleinen heldenhaften Volk der Iren, dessen Schicksal so sehr dem polnischen ähnelt“, wie sein Sprecher erklärte. Kaczyński hat aber angekündigt, dass er im Falle eines positiven Ausgangs des irischen Referendums den Vertrag nicht länger blockieren will.

Einer der letzten Verbündeten, auf den Klaus jetzt noch zählen kann, sitzt in London. Das britische Unterhaus hat den Vertrag schon ratifiziert, der Vorsitzende der Tories, David Cameron, hofft jedoch auf die anstehenden Neuwahlen im nächsten Frühjahr. Im Falle eines konservativen Sieges würde er dann ebenfalls ein Referendum durchführen, schrieb er vergangene Woche an Klaus. Der tschechische Präsident sollte daher seine Unterschrift noch einige Monate verzögern.

Tatsächlich bemüht sich Klaus seit Monaten, mit Verfassungsklagen die Unterzeichnung zu verschieben. Nachdem er im ersten Anlauf scheiterte, reichten vergangene Woche einige seiner Parteifreunde eine weitere Klage ein. „Mit dem Abkommen droht Europa ein Superstaat zu werden, bei dem einzelne Länder an Souveränität verlieren“, heißt es in der Begründung. Bis zur endgültigen Klärung will Klaus auf jeden Fall nicht unterzeichnen.

Ob das Verfassungsgericht seiner Ansicht folgen wird, darf allerdings bezweifelt werden. Immerhin ignoriert Klaus mit seiner vehementen Ablehnung des Vertrags die Entscheidung des Parlaments in Prag und sogar die Mehrheitsmeinung in seiner eigenen Partei.

Verständnis kann sich Klaus hingegen aus Bayern erhoffen. Vor kurzem hatte das deutsche Verfassungsgericht in Karlsruhe den EU-Vertrag zwar bestätigt, gleichzeitig aber mehr Mitwirkungsrechte für Bundestag und Bundesrat gefordert. Der Vorsitzende der Christlich-Sozialen Union (CSU), Horst Seehofer, hatte daraufhin verlangt, dass die Regierung in Berlin generell vor allen Entscheidungen auf EU-Ebene eine parlamentarische Zustimmung benötige. Die Lissabon-Reformen können die bayerischen Freunde des Nationalstaates damit vielleicht erschweren, blockieren aber sicher nicht.

Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel denkt da schon weiter. Gemeinsam mit dem französischen Ministerpräsidenten Nicolas Sarkozy bereitet sie schon jetzt die nächsten Schritte vor, sollte der Vertrag demnächst in Kraft treten. Den beiden geht es vor allem um die Besetzung von zwei neuen Posten, die vermutlich bald zu vergeben sind: Das Amt des Präsidenten, der die EU-Gipfel leiten und alle fünf Jahre neu gewählt werden soll, und die Person des Hohen Repräsentanten für die Außenpolitik,

der nun deutlich mehr Kompetenzen erhält. Als EU-Präsident kommen nur ehemalige oder amtierende Regierungschefs in Frage, und die erste Wahl von Merkel und Sarkozy ist nicht Jean-Claude Juncker, sondern der frühere britische Premier Tony Blair. Juncker selbst hatte am Montag in der Financial Times Deutschland einen Kandidaten mit „europapolitischem Profil“ gefordert, der eine Biografie aufweise, „die es nicht zu einer Überraschung macht, dass er nun zur ersten Stimme Europas wird“. Juncker erinnerte zudem daran, es habe „ein informelles Einverständnis gegeben, dass der erste EU-Ratspräsident nicht aus einem großen Land kommen sollte“.

Die ungewöhnliche Protegierung des Sozialdemokraten Blair durch die beiden konservativen Regierungschefs erklärt sich durch die Wahl für den zweiten, wichtigeren Posten. Mit Blair als EU-Präsident könnten der einflussreiche Job des Außenministers sowie wichtige Posten bei den EU-Kommissaren an Kandidaten aus dem Mitte-Rechts-Spektrum vergeben werden. Erste Entscheidungen könnten bereits auf dem nächsten EU-Gipfel Ende Oktober in Brüssel fallen.

Nebenbei wäre die Personalie auch ein Affront gegen die britischen Tories. Wegen ihrer Aversion gegen die EU haben sie im Juni die konservative Europäische Volkspartei verlassen und sich der Fraktion nationalistischer und antisemitischer

Splittergruppen aus Osteuropa angeschlossen. Für die Tories wäre ein EU-Präsident Tony Blair ein wahrer Alptraum - die Vorstellung sorgt auf ihrem Parteitag, der dieser Woche in Manchester stattfindet, bereits für erhebliche Unruhe.

Unabhängig von ihren jeweiligen Personalpräferenzen dürften sich Merkel und Sarkozy aber über eine elementare Weichenstellung freuen, die das irische Ergebnis mit sich bringt. Denn wenn der Lissabon-Vertrag tatsächlich in Kraft tritt ist klar, dass sich die deutsch-französische Konzeption durchgesetzt hat: Die EU als politisches Projekt, das zumindest langfristig mit einer Stimme sprechen soll. Verlierer sind die Vertreter einer Wirtschaftsunion, die die Gemeinsamkeiten auf den Binnenmarkt und die Währung beschränken wollen - Europa als eine Art ambitionierte Freihandelszone. Dass ausgerechnet die Wirtschaftskrise den Reformgegnern die vermutlich letzte Chance raubte, entbehrt nicht einer gewissen Ironie. Der einsame Präsident in Prag wird dafür vermutlich wenig Verständnis haben.

Anton Landgraf ist Publizist und lebt in Berlin.